

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1931

1.8.1931 (No. 177)

Karlsruher Zeitung Badischer Staatsanzeiger

Expedition: Karlsruher Zeitung Nr. 14...

Verantwortlich für den redaktionellen Teil...

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM. einj. 32,50 RM. — Einzelnummer 10 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe...

Die Wiedereröffnung des Zahlungsverkehrs

Nach den banktechnischen wirtschaftspolitischen Maßnahmen In Verhandlungen zwischen Reichsregierung und Reichsbank...

Entsprechend der Ankündigung der Reichsbank wird in der kommenden Woche die Aufnahme des normalen Zahlungsverkehrs erfolgen. Der Montag wird den unbeschränkten Überweisungsverkehr innerhalb der zum Überweisungsverband...

Diese Mitteilung war der Niederschlag des Hauptfachlichen, was in der gestrigen Abend Sitzung des Reichskabinetts beraten worden ist. In den Kreisen des Reichskabinetts ist man sich klar, daß eine klare Wirtschaftspolitik dringend notwendig ist...

Aber die von der Reichsregierung im Zusammenhang mit der Diskontenerhöhung und der Zahlungsbereitschaft der Banken geplanten wirtschaftspolitischen Maßnahmen, die bereits gestern in einer Ministerbesprechung behandelt wurden...

Die Zollunion vor dem Haager Gerichtshof Die deutsche Replik

Am Freitagnachmittag entgegnete der deutsche Vertreter, Prof. Dr. Bruns, auf die von der Gegenseite vorgebrachten Darlegungen.

Die verschiedenen Studienkommissionen zur Verwirklichung des Ideals einer engeren europäischen Gemeinschaftsarbeit und zur Hilfeleistung für die besonders schwer von der Krise betroffenen Länder hätten keinerlei Ergebnisse zustande gebracht.

In einem Bericht Dr. Goljins wurde auf die Notwendigkeit der Durchführung der in Gang befindlichen Verhandlungen zwecks Abschlußes zweiseitiger Verträge hingewiesen. Die deutsche und die österreichische Regierung hätten nichts anderes getan, als dem in diesem Bericht gegebenen Rats zu folgen.

Seine Gegner seien genötigt gewesen, mehrere wesentliche Thesen ihrer Argumentation preiszugeben und hätten sich schließlich auf eine rein politische These zurückziehen müssen. Die Gegenseite sei dabei zu Schlüssen gelangt, die keinen der wirtschaftlichen Charakter mehr hätten, da ihr Antrag eine wesentliche Änderung der Bestimmungen des Artikels 88 des Vertrages von St. Germain und des Genfer Protokolls voraussetze.

Unter großer Spannung im ganzen Saal sprach der deutsche Vertreter, der sich während seiner Darlegungen mehrfach direkt an die Vertreter der Gegenseite wandte, mit erhobener Stimme, unter genauer Betonung jedes einzelnen Wortes, den folgenden Schlusssatz aus: „Nichts kann besser den Zustand nichtjuristischer Geisteshaltung der Sieger darsellen, nichts stärker ihre rein politischen Tendenzen charakterisieren, als die Haltung des Adoolaten der italienischen Regierung, der so

Letzte Nachrichten

Die Notverordnung über den Zahlungsverkehr Veröffentlichung heute nachmittag

SW. Berlin, 1. Aug. (Priv.-Tel.) Das Reichskabinett ist heute mittag gegen 1 Uhr zusammgetreten, um die Notverordnung über die Wiederaufnahme des Zahlungsverkehrs noch einmal zu überarbeiten. Man rechnet damit, daß die neue Notverordnung im Laufe des Nachmittags veröffentlicht werden wird.

Fraktionsitzungen im Reichstag

SW. Berlin, 1. Aug. (Tel.) Die Fraktionen des Reichstags nahmen nach der Sommerpause wieder ihre Arbeiten auf. Nach der Fraktionsitzung der D. Sp., die heute nachmittag stattfindet, tritt zunächst am 5. August die Reichstagsfraktion der Deutschen Staatspartei zu einer Sitzung zusammen. Am 13. August wird die Reichstagsfraktion des Reichstags eine Sitzung abhalten.

Briand für längere Zeit erholungsbedürftig

SW. Paris, 31. Juli. (Tel.) Außenminister Briand dürfte sich, wie „Matin“ berichtet, nicht mehr längere Zeit auf seinem Landsitz Cochelle aufhalten, sondern vor seiner Rückkehr nach Paris noch einige Zeit an der Küste Erholung suchen. Briand würde sich jedoch, meint das Blatt, anfangs September zur Wälderndesollerversammlung nach Genf begeben. Während seiner Abwesenheit werden, obwohl keine offizielle Interimsvertretung vorgesehen ist, die Geschäfte des Außenministeriums vom Ministerpräsidenten Laval gemeinschaftlich mit dem Generalsekretär des Quai d'Orsay, Philipp Berthelot, geführt werden.

Wachsender Kommunismus in Polen

SW. Warschau, 1. Aug. (Tel.) In Lodz verhaftete gestern die Polizei 96 Personen unter dem Verdacht kommunistischer Propaganda. Gleichzeitig wurden mehrere Verbände aufgelöst, die sich kommunistisch betätigt haben sollen. In Stanislaw wurden während einer kommunistischen Demonstration 12 Personen verhaftet, die sich gegenüber dem in Stanislaw garnisonierenden Militär provozierend verhalten haben.

„Nautilus“ in Bergen

SW. Bergen, 1. Aug. (Tel.) Sir Hubert Wilkins' Unterseeboot „Nautilus“ ist auf seiner Artisfahrt hier eingetroffen.

Ein Mitglied des deutschen Lufttrats gegen die deutsche Luftindustrie

Disziplinarverfahren gegen Professor Goerling

Auf Anordnung des Reichsverkehrsministers Dr. von Gültard ist gegen den auf Privatdienstvertrug im Reichsverkehrsministerium angestellte Professor an der Techn. Hochschule Berlin-Charlottenburg, Goerling, einem Bruder des deutschnationalen Reichstagsabgeordneten, eine Disziplinaruntersuchung mit dem Ziele der Dienstentlassung eingeleitet worden. Gegen Prof. Goerling wird die Beschuldigung erhoben, sich gegen die nationalen Interessen Deutschlands und der deutschen Luftfahrt vergangen zu haben.

Bei einem Patentstreit der Junkers-Flugzeugwerke gegen die Ford-Flugzeugwerke in Detroit, die von Junkers beschuldigt werden, deutsche Patentrechte verletzt zu haben, ist Goerling, der selbst in früheren Jahren für die Junkers-Werke gegen Entgelt gearbeitet hat, als Gutachter für die Ford-Werke gegen die vom Reich subventionierten Junkers-Werke aufgetreten. Goerling hat weder die erforderliche Genehmigung zu seiner Gutachterstätigkeit eingeholt, noch wäre ihm eine solche Genehmigung erteilt worden. Prof. Goerling gehörte dem Deutschen Lufttrat an. Auch der Senat der Techn. Hochschule wird sich mit dem Falle zu beschäftigen haben.

Nach keine Aufhebung der Ausreisegelder. Zu den verschiedenen Meldungen, wonach die Ausreisegelder von 100 RM. in der nächsten Woche aufgehoben werden sollte, wird jetzt in Berlin erklärt, daß die Ausreisegelder erst dann aufgehoben werde, wenn der Zahlungsverkehr in völlig normale Bahnen zurückgeführt sei. Da dies vorerst noch nicht der Fall sei, könne auch vorerst mit der Aufhebung noch nicht gerechnet werden.

Macdonald hat sich entschlossen, nach seinem Geburtsort Rosslynmouth in Schottland zu begeben, wo er wahrscheinlich bis zum Zusammentritt der nächsten Konferenz am runden Tische bleiben wird.

Die Zahl der Arbeitslosen in England belief sich am 20. Juli auf 2.660.783. Gegenüber der vorhergehenden Woche hat sich damit der Stand um 18.014 erhöht.

weit gegangen ist, eine Kriegsandrohung in den Hallen des Friedenspalastes auszusprechen.

Nach der Beendigung des äußerst wirkungslos vorgetragenen deutschen Plädoyers wurden die Verhandlungen auf heute, Samstag, verlagert.

Heute, Samstag vormittag nahm der Delegierte Österreichs Prof. Kaufmann das Wort.

* Zur politischen Lage

Das Reichskabinett

Die Beratungen des Reichskabinetts werden fortgesetzt. Die vordringlichste seiner Aufgaben betrifft die Wiederherstellung eines normalen Zahlungsverkehrs. Man will von der nächsten Woche ab die Bankhalter wieder nach und nach öffnen, dagegen gewisse Einschränkungen hinsichtlich der Auszahlungshöhe anordnen. Um gegen alle Eventualitäten gesichert zu sein, hat die Reichsbank den Diskont auf 15 Proz., und den Lombard auf 20 Proz. erhöht. Bei einem solchen Zinssatz ist kaum damit zu rechnen, daß die Banken nach Öffnung der Schalter über ihre Kräfte in Anspruch genommen werden. (Man vergleiche hierzu die Mitteilungen auf der ersten Spalte des Blattes.)

Die nächstwichtigste Frage ist die, wie man nunmehr das Wort von der „Hilfe aus eigener Kraft“ in die Praxis umsetzen will. Bei Tageslicht besehen, ist ja dies die Schicksalsfrage unserer Wirtschafts- und Finanzpolitik schlechthin. Alles, was wir bisher an Gesetzen und Notverordnungen, an Maßnahmen und Entschlüssen erlebt haben, bezieht sich ja in erster Linie auf Organisatorisches, Steuer- und Finanztechnisches. Es war schließlich der Bürokrat, der bis jetzt das Hauptwort zu sprechen hatte. Dem wichtigsten Problem, der Sanierung der Wirtschaft selbst, hat man sich aus begrifflichen Gründen mit einem wahrhaft umfassenden Lösungsversuch noch nicht nähern können.

Merding dürfte jetzt der Augenblick gekommen sein, wo sich die Finanzgriffnahme dieses Problems nicht mehr hinauszögern läßt. Denn hier, in der Situation unserer Wirtschaft, sind schließlich alle Voraussetzungen für die Krisis der letzten Jahre, gleichzeitig aber auch für deren Überwindung zu suchen. Die Entwicklung der öffentlichen Finanzen steht im engsten Zusammenhang mit diesem großen Wirtschaftsproblem. Alle Notverordnungen, alle organisatorischen Maßnahmen, alle Berechnungen und Vorschläge können uns auf die Dauer nichts helfen, wenn nicht die deutsche Wirtschaft baldigt wieder gesundet. Sinkt die Prosperität der Wirtschaft weiter, so werden auch die Steuereingänge sich weiterhin verringern, und wir werden sehr bald vor der Notwendigkeit neuer Notverordnungen stehen. Und der fürchterliche Abbruch, der in der Abwanderung von etwa 4 Milliarden Devisen zu erblicken ist, macht die Lage noch besonders schlimm.

Genüß ist wohl fürs Erste damit zu rechnen, daß dank der Stillhalteverhandlungen wenigstens der stehengebliebene, kurzfristige Kredit des Auslandes der deutschen Wirtschaft erhalten bleibt. Aber welche eine Situation trotzdem! Und was geschieht, wenn doch noch weitere Pfändungen der kurzfristigen Kredite stattfinden? Nun, ohne ein bißchen Optimismus kann man keine Politik treiben. Und so wollen wir denn fürs Erste von der Annahme ausgehen, daß uns die noch vorhandenen, kurzfristigen Kredite erhalten bleiben.

Aber auch dann bleibt natürlich das Problem der Wirtschaftsanierung noch gleich schwer und ernst. Wer die Handelssteile der Zeitungen, und darunter auch der agrarischen Blätter liest, der muß immer mehr den Eindruck gewinnen, daß es so nicht mehr weitergeht, daß unbedingt etwas zu geschehen hat, um der Wirtschaft, und zwar vor allem der produzierenden Wirtschaft, aufzuhelfen. Das wird noch um so notwendiger sein, wenn es richtig ist, daß das Reichskabinett, um neue Devisen hereinzubekommen, eine großzügige Aufhebung unserer Exportpolitik plant.

Voraussetzungen der Wirtschafts- und Exportpolitik

In den letzten Jahren ist es mehr und mehr üblich geworden, daß man um des Exports willen, und auch um die Aufrechterhaltung des Betriebs zu ermöglichen, ohne Gewinn oder gar mit Verlust verkaufte. Es mag ja in Deutschland Volksgenossen geben, die volkswirtschaftlich so wenig geschult sind, daß sie glauben, man könne eine solche Methode auch auf die Dauer fortsetzen. Selbstverständlich ist das nicht möglich. Wenn eine Firma längere Zeit ohne Gewinn oder mit Verlust verkauft, kommt zwangsläufig eines Tages der Moment, wo sie Konkurs anmelden muß. Und sicherlich ist ein Teil der Konkurse und Betriebsstillegungen der letzten Zeit gerade darauf zurückzuführen, daß man gezwungen war, ohne Gewinn oder gar mit Verlust zu arbeiten. Hier gilt es, Wandel zu schaffen. Nur dort, wo es überalterte Lagerbestände abzustößen gilt, läßt sich nach jener Methode verfahren.

Im allgemeinen gilt der Grundsatz, daß keine Firma, kein Betrieb bestehen kann, wenn aus ihm nicht ein Gewinn herausgewirtschaftet wird. Die Frage ist also die: wie kann man diesen Gewinn herauswirtschaften? Und da wird uns leider von einem jeden Mann der Wirtschaft, also auch der Exportwirtschaft, geantwortet werden, daß bei den heutigen Gestehungskosten, bei der heutigen Belastung mit Löhnen, Gehältern, Steuern und Abgaben die Erzielung eines Gewinnes nur in seltenen Fällen denkbar ist.

Für den Export spricht dann noch die andere Frage mit, ob wir mit unseren Preisen konkurrenzfähig sind. Und selbstverständlich läßt sich das Exportgeschäft Deutschlands nur dann erweitern und vergrößern, wenn wir mit Preisen aufwarten können, die zum mindesten auf der gleichen Höhe der Auslandspreise, am besten aber etwas darunter liegen. Eine derartige Preiskalkulation ist aber auf die Dauer angesichts der Belastung der Wirtschaft nicht möglich. Wenn wir trotz alledem noch so viel exportieren, liegt das lediglich daran, daß wir eine Reihe von Waren und Artikeln produzieren, die das Ausland unumgänglich braucht, und daran, daß eben die Exportpreise schon vielfach von vornherein so kalkuliert werden, daß ein Gewinn nicht mehr herauspringt. Der Inlandsmarkt ist es, der dann diese Differenz wieder auszugleichen hat. Daher kommen dann für den deutschen Verbraucher die hohen Preise, die für einzelne Waren auch heute noch zu beobachten sind.

Wir dürfen sicher sein, daß das Reichskabinett sich vor allem mit diesen Punkten des Problems beschäftigt und nach Mitteln und Wegen suchen wird, um hier eine Erleichterung für die Wirtschaft zu schaffen.

England und Frankreich

Die Politik Englands wird nur von dem richtig verstanden werden, der sich vergegenwärtigt, daß auch dieses Land ein großes Heer von Arbeitslosen besitzt und mit sehr ernsten, finanzpolitischen Problemen zu kämpfen hat. Daß angesichts dieser finanziellen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten eine Vergrößerung des deutschen Exports für England wenig angenehm sein kann, kann man sich denken. Denn gesteigerter deutscher Export ist nichts anderes als ein verstärkter Konkurrenzdruck, der dann auch auf England einwirkt.

Aber was sollen wir schließlich tun? Wie sollen wir die Summen aufbringen, die für die Finanzierung unseres staatlichen und wirtschaftlichen Lebens und für die Reparationen und Zinszahlungen an das Ausland notwendig sind, wie sollen wir Devisen und Gold in der vorgeschriebenen Höhe anfordern, wenn man uns in unseren exportpolitischen Bestrebungen einschränkt? Wir können gar nicht anders, als die Hände regen. Auch auf die Gefahr hin, daß dies anderen nicht erwünscht ist. Und wir können die aktive Handelsbilanz unseres Landes nur dadurch verbessern, daß wir sowohl den Export steigern wie den Import, vor allem die Einfuhr ganz unnötiger Genuß- und Luxusartikel vermindern. Gewiß werden wir auch mit dieser Importverminderung anderen weh tun müssen. Soffentlich ist die englische Regierung verständlich genug, um die Zwangslage, in der wir uns befinden, zu würdigen.

Daß die Lage Englands selbst recht ernst geworden ist, haben die Zeitungsmeldungen der letzten Zeit bewiesen. Zunächst bringt der britische Statistiker diesmal ganz große Abstriche auf dem Gebiete der Arbeitslosenversicherung und der Fürsorgepolitik. Und ferner lesen wir, daß nun schon seit einer Woche Verhandlungen zwischen London und Paris stattfinden, die die Gewährung eines französischen Kredits an England zum Ziele haben. Abgeschlossen sind diese Verhandlungen bis jetzt noch nicht. Wie behauptet wird, knüpft Paris an die Bewilligung des Kredits ganz bestimmte politische Forderungen. Wie diese Forderungen heißen, können wir uns ohne weiteres vorstellen. Anpassung Englands an die französische Abrüstungspolitik und Einschränkung Londons in das Fahrwasser der französischen Politik, soweit es sich um Deutschland handelt.

Die englische Regierung hat einmal nach dem Weltkrieg die Gelegenheit gehabt, den bedrohlichen Aufstieg der Finanzmacht Frankreichs zu verhindern. Und das war die Zeit, als Frankreich selbst seine schweren Valutaknot durchmachte. Natürlich hätte England bei einer derartig großzügigen Politik in die Revision der Reparationsbestimmungen des Friedensvertrags einwilligen müssen. Das konservative britische Kabinett, dessen Außenminister Chamberlain stark unter französischem Einfluß stand, hat im Gegenteil Frankreich bei jeder Gelegenheit sekundiert.

Und so ist es dahin gekommen, daß der Franken stabilisiert wurde, und daß sich die französische Wirtschaft mit Hilfe der eigenen Kräfte des Landes und mit Hilfe der Reparationszahlungen Deutschlands zu einer Blüte entfalten konnte, wie sie die Welt selten gesehen hat, und wie sie in der Laftache, daß Frankreich eine Arbeitslosigkeit gar nicht kennt, ihren weithin sichtbaren Ausdruck findet. England aber muß zum zweiten Male die Beche bezahlen. Das erste Mal geschah das, als es seine führende Stellung auf dem Weltmarkt an New York abtrat und gleichzeitig auf seine Überlegenheit zur See verzichten mußte. Und jetzt haben sich die Dinge dahin entwickelt, daß das mächtige England in Paris um Kredite bitten muß. Auch Paris ist heute finanziell stärker als London.

Die verfassunggebenden Cortes in Spanien bestätigten unter kürzlichem Beifall die Vollmachten der Regierung Alcalá Zamora durch Zuruf.

Die Prüfung der deutschen Finanzverhältnisse Das Komitee der B.Z.

Die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich in Basel hat folgendes Communiqué ausgegeben:

Die Londoner Konferenz vom Juli 1931 hat der B.Z. offiziell mitgeteilt, daß die Konferenz empfohlen hat, „daß die B.Z. aufgefordert werden soll, ohne Verzögerung ein Komitee von Fachleuten zu ernennen, die von den Vertretern derjenigen Zentralnotenanstalten vorgeschlagen werden sollen, die daran interessiert sind, um die notwendigen weiteren Kreditbedürfnisse Deutschlands zu prüfen und die Möglichkeit einer Konvention eines Teils der kurzfristigen Kredite in langfristige zu erwägen.“ Gemäß dieser Einladung gibt die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich bekannt, daß nach im Verlauf dieser Resolution eingehende Komitee am Freitag gebildet worden ist, und aus folgenden 10 Mitgliedern besteht:

Alberto Bonducci, Presidente del Consejo di Credito per le Opere Pubbliche, Roma, Dr. H. G. Binschelder, Vizepräsident des Verwaltungsrates der Schweizerischen Kreditanstalt, Zürich, R. Hoffstedt de Groot, Generaldirektor der Amsterdamschen Bank, Amsterdam, Emilo Francasi, Vizegouverneur der Société générale de Belgique, Brüssel, Sir Walter Layton, Redakteur des Economist, London, Dr. Karl Reichard, Teilhaber der Firma Warburg & Co., Hamburg, Emile Moreau, Präsident des Verwaltungsrates der Banque de Paris et des Pays Bas, Oscar Nybäck, Direktor der Standenavisla, Creditaktiebolaget, L. Tanaka, Vertreter in London der Bank von Japan, Albert S. Wiggin, Präsident des Verwaltungsrates der Chase National-Bank in New York.

Datum und Ort der ersten Sitzung des Komitees wird im Laufe der Sitzung der Gouverneure der Zentralbanken besprochen werden, welche am Sonntag, den 2. August in Basel stattfindet. Das amerikanische Mitglied des Komitees hat New York am 1. August verlassen.

Selbstvertrauen, die Grundbedingung der Sanierung

Professor Sprague, der amerikanische Finanzfachverständige und Berater der Bank von London, gewährte einem Mitarbeiter des „Berliner Börsenkuriers“ eine Unterredung, in der er zur Frage der Stillhalteaktion erklärte, es sei nicht notwendig, daß jede kleine Bank in dem Stillhaltekonfortium vertreten sei. Es genüge, daß der Löwenanteil gesichert ist und daß 90 Prozent der Verpflichtungen eingehalten werden. Eine weitere Zusammenlegung deutscher Banken hält Sprague für nicht durchführbar.

Auf die Frage, ob Deutschland genügend Sicherheiten für eine langfristige Anleihe biete, antwortete Sprague, die deutsche Industrie befinde sich in zufriedenstellendem wirtschaftlichem Zustande. Die deutsche Export- und Importbilanz sei bei den jetzigen Verhältnissen sehr günstig. Auf der jetzigen Grundlage könne eine aktive Bilanz zwischen einer und zwei Milliarden erreicht werden. Das Wichtigste, dessen Deutschland gegenwärtig bedarf, so erklärte Sprague, Selbstvertrauen, Vertrauen zu den eigenen Banken, zur Regierung und zur Finanz. Wenn die Bevölkerung zu sich selbst kein Vertrauen hat, kann niemand helfen. Was augenblicklich getan werden muß, ist die sofortige Wiedereröffnung des Zahlungsverkehrs der Banken und die Aufhebung der Restriktion. Das Verhalten des deutschen Volkes würde dann der Kräfte sein, es es zu sich selbst Vertrauen hat. Es würde vernünftig sein, zu erwarten, daß die B.Z. Wege findet, um einen Teil der kurzfristigen Kredite zu finanzieren.

Wallstreet erwartet schnelles Handeln

W.W. New York, 1. August. (Tel.) Albert Wiggin wird am Ende der Woche in Basel eintreffen. Die Morgenblätter, die sich eingehend mit den Aufgaben des B.Z.-Komitees beschäftigen, nehmen an, der Ausschuss werde bald zu Entscheidungen kommen, da ein erheblicher Teil der Fragen in Deutschland bereits erledigt worden sei. Ein Blatt nimmt an, daß das Programm des Komitees in einem Monat ausgearbeitet sein werde.

Im Zusammenhang damit wird in Wallstreet erneut betont, daß es durchaus notwendig sei, eine dauernde und nicht nur eine vorübergehende Lösung der deutschen Probleme zu finden. Deutschland könne als ein durchaus guter Schuldner für langfristige Anleihen angesehen werden, wenigstens unter der Voraussetzung, daß die Reparationen wesentlich herabgesetzt würden. Hinsichtlich der Ernennung Wiggins zum Vertreter Amerikas beim B.Z.-Komitee wird in Wallstreet auf den Umstand hingewiesen, daß die Chase Nationalbank größere Interessen in Deutschland habe, als irgend eine andere New-Yorker Bank. und daß auch Mc. Garrah die Wahl Wiggins befürworte. Was die jetzt dringende Frage der kurzfristigen Kredite anbelangt, wurde gestern ein Ausschuss der New Yorker Banken gebildet, in dem alle Banken mit größeren deutschen Kreditverpflichtungen vertreten sind.

Die weiteren deutschen Finanzmaßnahmen machen in Wallstreet einen ausgezeichneten Eindruck, da hierin erneut das Bestreben erwidert wird, die Lösung des Finanzproblems in energischer Weise weiter zu betreiben.

Wiggin nach Basel abgereist

W.W. New York, 1. August. (Tel.) Der Präsident der Chase Nationalbank, Albert Wiggin, ist nach Basel abgereist, um die Vereinigten Staaten im Ausschuss der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich zu vertreten, der bei der Durchführung der Londoner Beschlüsse zur Besserung der Finanzlage Deutschlands helfen soll.

Die Haltung der französischen Sozialisten. Auf der Vollversammlung des Soz. Kongresses in Wien am Freitag führte das Mitglied der französischen Kammer, Léon Blum, u. a. aus: Wir stehen, ebenso wie vor acht Jahren, an der Seite der deutschen Sozialdemokratie im Kampf gegen jede Fortsetzung des Wirtschaftskrisis und der Demokratie in Deutschland. Unermüdlich werde die französische Sozialdemokratie diesen Gedanken vertreten, daß wirtschaftliche Hilfe für Deutschland notwendig sei, ohne jegliche politische Bedingungen. Er wiederholte den Protest, den die französische Sozialdemokratie gegen die Bedingungen politischer Natur erhoben hätte. Blum kam dann noch auf die Revision der Friedensverträge zu sprechen, und knüpfte an die Rede Otto Bauers an, der gesagt hatte, die Verträge von Versailles hätten ein geschichtliches Unrecht durch neues Unrecht abgelöst. „Wir sagen“, betonte Léon Blum, „sie bedeuten nicht nur ein Unrecht, sie sind auch ein Unrecht. Sie enthalten Dinge, die gegen die Vernunft, die Notwendigkeit und Naturnotwendigkeit der Entwicklung gerichtet sind.“

Vertagung des britischen Parlaments. Die beiden Häuser des Parlaments sind auf den 20. Oktober vertagt worden. Sollte die internationale Finanzlage es wünschenswert erscheinen lassen, wird die Regierung das Parlament früher einberufen.

Deutsche Volkspartei für Volkseinfriedung

Der Parteivorstand der Deutschen Volkspartei hielt am Freitag im Reichstag eine Sitzung ab, an der auch Außenminister Dr. Curtius teilnahm. Nach einem Bericht des Parteiführers Dingeldey über die politische Lage wurde beschlossen, einen Aufruf für den Volkseinfriedung herauszugeben. Darin heißt es: „Die Deutsche Volkspartei, die seit 7 Jahren gegen die Politik der herrschenden Parteigruppierung im Reichslandtag kämpft und deshalb von Anfang an dem Volkseinfriedung zugehört hat, erwartet von ihren Anhängern, daß sie ihrer Ablehnung gegen die bisherige Koalitionspolitik durch die Stimmabgabe für die Auflösung des Reichstags Ausdruck geben. Wir treten ein für ein sachlich regiertes Preußen, das eine feste Stütze nationaler Politik im Reich sein muß.“

In maßgebenden Kreisen der Deutschen Volkspartei wird bestätigt, daß eine Unterhaltung zwischen dem Vorsitzenden der Deutschen Volkspartei, Dingeldey, und Adolf Hitler stattgefunden habe. Es sei über rein politische Fragen verhandelt worden mit dem Zweck, sich über die gegenwärtige Auffassung zu den politischen Angelegenheiten zu unterrichten.

Eine vernünftige Parole

Einem Aufruf des Präsidenten der Landwirtschaftskammer Hannover, Freiherrn von Weden, an die Hannoverische Landwirtschaft ist folgendes zu entnehmen:

„Die geregelte Versorgung der Verbraucherschaft ist eine wesentliche Voraussetzung für den Wiederbeginn sicherer wirtschaftlicher Verhältnisse. Deshalb bemühe sich jeder Landwirt, seinen Betrieb ungeachtet aller Schwierigkeiten in gewohnter Weise fortzuführen. Hilfsige Gelder müssen zu den Banken, Sparkassen und in Umlauf gebracht werden. Ich bitte ferner zu bedenken, daß Zurückhaltung unserer Ware später zu einem Überangebot führen muß, das der Landwirtschaft Preisbrud und weitestgehenden Schaden zufügt.“

97prozent Vermahlungszwang für Inlandweizen

Der Vermahlungszwang für Inlandweizen ist für das Erntejahr 1931/32 auf 97 Prozent festgesetzt worden. Da den Mühlen die Verwertung mit Auslandsweizen nicht möglich ist, solange der Export und Reimport noch nicht funktioniert, tritt der erhöhte Vermahlungszwang erst am 15. August in Kraft und für die Zeit vom 1. bis 15. August gilt ein Vermahlungszwang von 60 Prozent.

Die sonstigen Pläne der Reichsregierung für eine weitere Erleichterung der Erntebewegung bzw. -verwertung sind auch der Verwirklichung nahe. Das Exportverbot für Weizen und Roggen wird jedoch wahrscheinlich geöffnet werden. Am einenseits die Finanzierung der Exporteure zu erleichtern, andererseits aber einen Druck auf den Inlandsmarkt zu vermeiden, soll innerhalb der ersten Monate des Erntejahres nur die Verwertung einer gewissen Quote der in dieser Zeit erzeugten Exporteure zugelassen werden.

Die Sparmaßnahmen in England

Umfangreicher Abbau von Gehältern u. Unterstützungen Der Bericht des Nationalen Wirtschaftskomitees wird, wie Premierminister MacDonald am Freitag im Unterhaus mitteilte, einem von der Regierung eingeleiteten „Finanzmännerversammlung“ zum Studium während der Parlamentsferien überwiesen werden.

Die wichtigste vorgeschlagene Sparmaßnahme ist die Herabsetzung der Arbeitslosenunterstützungssätze um 20 Prozent und die Erhöhung der öffentlichen Beiträge um je 10 Prozent. Gleichfalls um 20 Prozent sollen die Gehälter der Lehrer gekürzt werden, die der Polizisten um 12½ Prozent. Die Entlohnung der Truppen soll nach den Sätzen des Jahres 1925 erfolgen. Auch die Pensionen der Offiziere zu kürzen wird vorgeschlagen. Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Anhebung der Kosten der Flottenunterstützung zu vermindern, ohne, wie der Bericht sagt, die nationale Sicherheit zu gefährden. Daneben werden noch eine Reihe von kleineren Einsparungen anempfohlen.

Kleine Chronik

In Kassel wurde in ihrer Wohnung am Kirchweg, Samstag früh, der 43jährige Profuturist Eckstein, seine 40 Jahre alte Ehefrau, sowie der 13jährige Sohn und die siebenjährige Tochter in ihren Betten erschossen aufgefunden. Aus hinterlassenen Briefen geht hervor, daß der Ehemann seine Familienangehörigen und dann sich selbst erschossen hat, weil seine Frau unheilbar erkrankt war. Außerdem scheinen wirtschaftliche Sorgen die Familie in den Tod getrieben zu haben.

Im Zusammenhang mit großen Unterstellungen des städtischen Bürogehilfen Josef Herz in Köln wurde ein Kaufmann festgenommen, der Herz angestiftet haben soll. Er soll mit Herz gemeinsam Pferderennen besucht haben. In einem Spielklub soll Herz viel Geld im Spiel verloren haben.

Auf der Eisenbahnstrecke Düsseldorf-Köln wurden unter der Eisenbahnbrücke bei Düsseldorf-Garath eine männliche und eine weibliche Person tot, verstümmelt aufgefunden. Es handelt sich um auswärtige Wanderbölge im Alter von etwa 20 Jahren, die aus Liebesstummer Selbstmord begangen haben.

Ein von Dresden nach Geising-Altenberg fahrender Postkraftwagen wurde in der Dippoldiswalder Heide von unbekannten Tätern, die die Straße durch einen ausgerasteten Wagen gesperrt hatten, überfallen und beraubt. Den Räubern gelang es, 21 000 M., die zur Rentenauszahlung in Dippoldiswalde bestimmt waren, zu erbeuten. Sie eilten dann mit dem auf der Straße stehenden Personkraftwagen davon.

Der von Preußisch nach Birzga (Polen) unterwegs befindliche Postkraftwagen wurde von mehreren bewaffneten Räubern überfallen. Der Postkutscher wurde durch einen Revolverbeschuss an der linken Hand verletzt, während der eine zum Schutz beigegebene Polizist getötet wurde, ehe es ihm möglich war, von seiner Waffe Gebrauch zu machen. Den Räubern fielen 18 000 Floty in die Hände.

Die Kräftesteuer nebst den sonstigen Steuerbestimmungen der Rotverordnung vom 5. Juni 1931. Mit Durchführungsbestimmungen und ergänzendem Anhang (Gebäudeentwerfungs-Einkommensteuer usw.). Mit Verordnungen und Anmerkungen von Dr. F. W. Koch, Reichsfinanzrat, Mitglied des Reichsfinanzhofs. VIII, 104 Seiten H. 8°. München 1931. C. H. Beck. Kart. 2,40 RM. — Soeben ist im Rahmen der bekannten roten Textausgaben (C. H. Beck, München) unter dem Titel „Die Kräftesteuer“ eine handliche und billige Ausgabe der Steuerbestimmungen der Rotverordnung vom 5. Juni 1931 erschienen. An der Spitze steht die Kräfteentwerfung, deren zum Teil recht komplizierte Verhältnisse genau kennen zu lernen sowohl für alle Lohn- und Einkommensteuerpflichtigen, also auch für alle Arbeitnehmer dringend notwendig ist.

Kurze Nachrichten

Die Reichsindebiziffer für die Lebenshaltungskosten beläuft sich für den Durchschnitt des Juli auf 137,4...

Konkurse und Vergleichsverfahren im Juli 1931. Nach Mitteilung des Stat. Reichsamts wurden am 1. Juli 1931 durch den Reichsanzeiger 1013 neue Konkurse...

Amerikanische Stiftung für Berlin. Der in Deutschland bereits durch eine große Stiftung bekannte Julius Rosenwald aus Chicago beabsichtigt, der Stadt Berlin für die Errichtung einer Zahnklinik für Kinder eine Million Dollar zu spenden.

Neunwöchige Arbeitsruhe bei Opel. Infolge der allgemeinen starken Absatzstodung auf dem Automobilmarkt, die infolge der gegenwärtigen Wirtschaftskrise eingetreten ist...

32-Stunden-Woche bei den Adlerwerken. Die Stagnation auf dem Automobilmarkt, die zum Teil auf die in der letzten Zeit eingetretenen Erschwernisse im Zahlungs-, Bank- und Überweisungsverkehr zurückzuführen ist...

Kolttische Muttat in Hamburg? Nachts wurde in Hamburg der 25 Jahre alte Student Piegras mit einem tödlichen Nadelstich in der Stomachgegend aufgefunden.

Verbesserte Benzingerinnung. Durch Einführung von neuen Katalysatoren ist es der Gesellschaft gelungen, das Filtrierverfahren zur Gewinnung von Benzin wesentlich zu verbessern.

Verhaftung einer deutschen Kommunistin in Paris. Die Pariser Polizei hat im Bois de Boulogne eine 23jährige Stenotypistin aus Berlin namens Emma Krüger verhaftet...

Der Arbeitsmarkt in den Vereinigten Staaten. Der Präsident der Amerikanischen Federation of Labour, Green, erklärte, daß die Arbeitslosigkeit ständig zunehme...

Chinesischer Regierungssieg über die Kommunisten. Von amtlicher Seite wird ein Sieg über die Kommunisten bei Ning Tu in der Provinz Kwangsi gemeldet.

Volkstanzkreis Karlsruhe

Diese aus allen Jugendbänden der Stadt zusammengesetzte Gruppe stellte sich kurz vor Beginn der Ferienzeit erstmals der Öffentlichkeit vor. „Geselländer Tanzspiele“ und „Niederdeutsche Tänze“ lautete das Programm...

Geheimrat Prof. Dr. Lenard verabschiedet sich. Der berühmte Physiker der Heidelberger Universität in Heidelberg und Nobelpreisträger Geheimrat Prof. Dr. Lenard, der wegen Erreichens der Altersgrenze schon mit Schluß des Wintersemester in den Ruhestand trat...

Dr. Carl Müller, Karst, 70 Jahre alt. Der Hamburger Journalist und Schriftsteller Dr. Carl Müller, Karst, ein Sohn Karsts, beging seine 70. Geburtstag.

Bernard Shaw traf heute, Samstag vormittag, von Moskau kommend, in Berlin ein.

Badischer Teil

Zur Elektrifizierung der badischen Bahnen

In der „Neuen Badischen Landeszeitung“ Nr. 344 vom 10. Juli 1931 ist eine Anfrage des Herrn Dr. Kunzweiler an die Reichsbahn enthalten, welche erkennen läßt, daß dem Artikel-Schreiber der Stand der Verhandlungen nicht bekannt ist...

Richtig ist, daß der badische Finanzminister seit Anfang dieses Jahres erneute Verhandlungen mit der Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft und mit den zuständigen Reichsministerien eingeleitet hat mit dem Ziele, die Elektrifizierung der Strecke Stuttgart-Nehl und der Nord-Süd-Linie zu erreichen.

Das Verbot des „Heidelberger Beobachters“

In der Verwaltungssache wegen des Verbots des „Heidelberger Beobachters“ hat das Reichsgericht in der Sitzung vom 28. Juli 1931 beschlossen, das angefochtene Verbot aufzuheben.

Anlaß zu dem Verbot hat bekanntlich der Artikel der genannten Zeitung in ihrer Nummer 70 vom 7. Juli 1931 gegeben, worin unter der Überschrift: „Badischer Staatsbeitrag wird verhöflet!“ Staatswähler, Aktien der Rheinisch-Westfälischen und der Badischen Bank gegen in ausländische Hände über...

Wenn das Reichsgericht trotzdem das Verbot nicht aufrechterhalten hat, so geschah dies aus juristischen Gründen. Da der Tatbestand lediglich nach der ersten Verordnung des Reichspräsidenten zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen zu beurteilen war, so konnte der die öffentliche Ordnung und Sicherheit gefährdende Inhalt der Zeitung nur unter dem Gesichtspunkt geprüft werden, ob dadurch Organe, Einrichtungen, Behörden oder leitende Beamte des Staates „beschimpft“ oder „böswillig verächtlich gemacht“ werden.

Unter den Beträgen, welche deutsche Privatnotenbanken der Reichsbank an Umlagemitteln überlassen haben, befinden sich für rund 2 Mill. RM. Devisen, die die Badische Bank an die Reichsbank abgeliefert hat.

Das Reichsgesundheitsamt hat in Ausführung des Lebensmittelfeges vom 5. Juli 1927 den „Entwurf einer Verordnung über Bindemittel bei Wurstwaren“ aufgestellt und durch den Verlag von Julius Springer in Berlin der Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

Vor Stilllegungen in der Zementindustrie. Wie das „Heidelberger Tagbl.“ meldet, haben die Portland Zementwerke Heidelberg-Mannheim-Stuttgarter für Ende August wegen Absatzstodung Stilllegungsantrag ihrer Werke in Leimen, Bengfurt, Burglengenfeld und Rörtlingen gestellt.

Landesfeuerwehrtag in Mannheim. Wie der Verkehrsverein Mannheim mitteilt, ist erwogen worden, wegen der schlechten Wirtschaftslage den 30. Badischen Feuerwehrtag zu verschieben.

DB. Offenburg, 31. Juli. Dieser Tage waren zwei ausländische Rechtsanwältinnen in Offenburg, um einem bereits verstorbenen Fräulein Weiger die Rente zu machen, daß ihr eine Erbschaft von 30 Millionen Reichsmark aus Amerika zugefallen sei.

Zur Lage der Sparkassen

Die Karlsruher Stadt-Sparkasse schreibt uns: „Warum mühten die Sparkassen ebenso wie alle anderen Geldinstitute ihre Auszahlungen in den letzten Wochen einzuschränken?“

Der gesamte Spareinlagenbestand der Karlsruher Stadt-Sparkasse belief sich auf 39,4 Mill. RM. Die Sparkasse hat insgesamt 32,2 Millionen RM, also 82 Prozent ihrer Spareinlagen in ersten Hypotheken auf städtische und ländliche Grundstücke angelegt.

In Darlehen an die öffentlichen Körperschaften (Stadt Karlsruhe u. a.), öffentlichen Anleihen usw. hat die Sparkasse weitere 8,6 Millionen RM angelegt.

So sind die Spareinlagen sicher und gemeinnützig, aber natürlich nicht in wenigen Tagen rüdziehbar angelegt. Diese Ziffern erklären vollkommen, warum die Auszahlungen beschränkt werden mühten.

Die Gemeinde Schriesheim hat aus dem vergangenen Rechnungsjahr ein Defizit von 84 000 RM. und bereits jetzt annähernd die vierfachen Wohnfabriklasten gegenüber dem Vortragsjahr.

Aus der Bäderstadt. Am Abend des Freitagstages wird in Baden-Baden wieder Kunstgartenbeleuchtung und großes Konzert stattfinden, zu welchem die Bevölkerung freien Eintritt hat.

Neuer Stadtbebauungsplan in Neustadt i. Schw. Die Stadtverwaltung hat die Herren Stadtoberrat Hartmann und Stadtbaurat Langenberger in Freiburg beauftragt, einen Stadtbebauungsplan auszuarbeiten, der sich auf das Gelände der Allmend und die anschließenden Gebiete erstreckt.

Gruppenwasserversorgung Kirchen. Die Gruppenwasserversorgung Kirchen, die die Orte Kirchen, Fringen und Stein mit Wasser versorgen soll, dürfte sich auf etwa 456 000 RM. Gesamtkosten stellen.

Aus der Landeshauptstadt. Kommunische Flugblätter. An verschiedenen Stellen der Stadt wurden heute nacht nichtgenehmigte Flugblätter verteilt und die Gassen mit roter Farbe beschmieret.

Sommer-Operette im Städtischen Konzerhaus. Am heutigen Samstag, 20. Juli, bringt der Spielplan eine Wiederholung der Operette „Die Rose von Stambul“, von Leo Fall.

Wetterbericht der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe vom Samstagmorgen: Die Deutverteilung über Europa ist in Umbildung begriffen.

Wasserkunde. Waldshut 358 -9, Basel 174 + 14, Schutterinsel 235 -13, Nehl 369 -11, Maxau 565 -19, Mannheim 498 -8, Gaub über 200 Ztm.

10% Qualitäts-Schuhe! Zeitgemäße Preise zeigen wir in 5 Schaufenstern. WALTZ & WÜRTHNER KARLSRUHE ECKE KAISER- u. LAMM-STRAÙE, AM MARKTPLATZ

An der Handelshochschule Mannheim beginnt das Wintersemester am 2. November. Das Vorlesungsverzeichnis ist soeben erschienen und kann vom Sekretariat der Handelshochschule (Mannheim, C 2, 1) gegen Voreinsendung von 60 Ppf. bezogen werden. Der Vorlesungsplan enthält eine Reihe neuer Vorlesungen; Sprachkurse sind vorgesehen für Französisch, Englisch, Italienisch, Spanisch und Russisch, ferner Kurse zur Pflege der deutschen Sprache. Betreffs der Einzelheiten sei auf das Vorlesungsverzeichnis selbst verwiesen.

Handel und Wirtschaft

Reichsbankdiskont 15 Prozent

Vorbereitung des normalen Zahlungsverkehrs
Die Reichsbank hat mit Wirkung ab Samstag, den 1. Aug., den Diskontsatz von 10 auf 15 Prozent und den Lombardsatz von 15 auf 20 Prozent erhöht. Zur Begründung wird erklärt:

Die Rücksicht auf die nachteiligen Auswirkungen solch hoher Zinsen auf die ohnehin schwierige Lage der deutschen Wirtschaft, insbesondere auf die Landwirtschaft, hat die Reichsbank veranlaßt, solange als möglich an den zur Zeit geltenden Sätzen festzuhalten. Wenn die Reichsbank sich gleichwohl heute im Hinblick auf die aus Anlaß der bevorstehenden Wiederaufnahme des vollen Zahlungsverkehrs zu erwartenden Ansprüche zur Vornahme der Erhöhung, und zwar gleich in dem erwarteten starken Ausmaß, entschlossen hat, so tut sie dies im Vertrauen darauf, daß der Übergang zum normalen Zahlungsverkehr dadurch erleichtert, und sie um so schneller in den Stand gesetzt wird, zu erträglicheren Zinssätzen zurückzukehren. Mit Rücksicht auf die Dringlichkeit der Beschlussfassung konnten die in Berlin anwesenden und erreichbaren Mitglieder des Zentralausschusses zur Beratung hinzugezogen werden.

Wie berichtet wird, entwickelte sich in der Zentralausschuss-Sitzung eine lebhafte Diskussion. Besonders die Vertreter der Landwirtschaft und einige Banken bezeichneten die Heraufsetzung des Diskonts auf 15 Prozent als zu hoch. Schließlich wurde jedoch zustimmend von der Diskontmaßnahmen Kenntnis genommen, die als Vorbereitung für die Inangriffnahme des normalen Zahlungsverkehrs anzusehen ist. Die im Zahlungsverkehr geltenden Beschränkungen sollen ab Montag bereits teilweise aufgehoben werden und ab Mittwoch soll der volle Zahlungsverkehr wieder hergestellt werden. Allerdings werden bei den Sparkassen die Auszahlungen noch nicht voll freigegeben werden.

Die Reichsbank ist sich bewußt, daß der Wirtschaft neue schwere Lasten zugemutet werden, und sie hofft, sobald als möglich ihre Diskontrate wieder ermäßigen zu können, wenn der Zahlungsverkehr sich wieder eingespielt hat und die Kreditansprüche an die Reichsbank nachgelassen haben. Selbstverständlich werden die bisherigen Einschränkungen seitens der Reichsbank jetzt weitgehendst aufgehoben werden.

Wie wir noch erfahren, ist der Notenumlauf der Reichsbank inzwischen auf 4,4 Milliarden Reichsmark gestiegen. Man erwartet für den ultimo eine Steigerung auf 4,6 Milliarden. Die Girogelder haben um 200 Mill. RM. zugenommen, die Devisenbestände zeigen seit dem 24. Juli 1931 eine Zunahme um 80 Mill. RM.

In einer Sitzung des Generalkrats und des Direktoriums der Reichsbank wurden dem Präsidenten Dr. Lütke und dem gesamten Direktorium das volle Vertrauen in die Führung der Bank- und Währungs politik ausgesprochen und die Anerkennung der Geschäftsführung und der schweren, von Verantwortungsgedanken getragenen Tätigkeit der Reichsbank zum Ausdruck gebracht.

Wiederaufrichtung der Darmstädter und Nationalbank

Die Darmstädter und Nationalbank wird bei Wiederaufnahme des allgemeinen Zahlungsverkehrs ihre Schalter öffnen und alle Zahlungen unbeschränkt leisten. Durch eine Verständigung mit der Industrie ist erreicht worden, daß diese die von der Bank und ihr nahestehenden Kreisen aufgenommenen Aktien, die unentgeltlich zur Verfügung gestellt werden, im Nennwert von 35 Mill. RM. zum Kurse von 125 Prozent übernimmt. Dadurch werden der Bank neue Mittel im Betrage von rund 43 Millionen Reichsmark zugeführt. Die Ausfallbürgschaft des Reiches für die alten und neuen Gläubigerforderungen besteht fort und wird auf alle Wechselverbindlichkeiten und Bürgschaftsverpflichtungen der Bank ausgedehnt. Die Aufstellung des Status der Bank hat ergeben, daß die notwendig gewordenen Abschreibungen durch stille Reserven abgedeckt sind. Es ist eine Verbreiterung der Kapitalbasis der Bank beabsichtigt. Dies wird geschehen, sobald die Lage der Wirtschaft eine klare Beurteilung zuläßt. Durch die Besprechungen mit der Reichsregierung ist die Gewissheit geschaffen, daß die Bank allen Anforderungen, die durch die Wollaufnahme des Zahlungsverkehrs an sie herantreten können, zu entsprechen vermag.

In einer am Freitag veröffentlichten Verordnung übernahm die Reichsregierung namens des Reiches über die bisher übernommenen Garantien für die Danabank hinaus die Ausfallbürgschaft für die Erfüllung der Wechselverbindlichkeiten dieser Bank.

Reichsbeteiligung bei der Dresdner Bank

Zwischen dem Reich und der Dresdner Bank soll eine große Transaktion durchgeführt werden, bei der es sich darum handelt, daß die Dresdner Bank Vorkursaktien im Betrage von 300 Mill. RM. ausgibt, von denen das Reich einen beträchtlichen Teil übernehmen soll. Der Aufsichtsrat der Dresdner Bank tritt im Laufe des heutigen Samstagmittags zusammen, um über die Transaktion Beschluß zu fassen. Es handelt sich um eine vorbereitende Maßnahme; die Dresdner Bank war schon vor dem 18. Juli wegen ihrer relativ geringfügigen Beteiligung am Fall Nordmoll stärkeren Abziehungen ausgesetzt und überdies von tabularen Blättern nach dem Fall Danabank zur Zielscheibe der Angriffe gewählt worden. Daß sie deshalb einem besonderen Ansturm ihrer Einleger werde begegnen müssen, ist zu erwarten.

Die Reichsmark in der Schweiz. Infolge Vereinbarung der Schweizerischen Nationalbank mit der Deutschen Reichsbank unterliegt die Annahme der deutschen Zahlungsmittel in der Schweiz keinerlei Beschränkungen. Deutsche Ferientouristen können daher anstandslos ihre Reichsmark bei der Schweizerischen Nationalbank oder deren Filialen in Franken umwechseln; es kommt zur Zeit ein Kurs von 100 RM. gleich 120 Schweizerfranken zur Anwendung.

Kurze Nachrichten aus Baden

Freiburg i. Br., 31. Juli. Der Polizeibericht meldet: Am Freitagabend wurden zwei Freiburger Reichsbannerleute von Kommunisten angefallen und berast geschlagen, daß sie bewußtlos zusammenbrachen und in die Chirurgische Klinik verbracht werden mußten. Als Haupttäter kommt der von dem Oberfall auf den Notensteinmeister Lenke her noch bekannte Gotthard Kleiner in Frage, der festgenommen wurde.

Freiburg i. Br., 31. Juli. In der vergangenen Nacht wurden an verschiedenen Stellen die Straßen und Gehwege in der Stadt und am Münsterplatz durch Beschmierern mit roter Farbe und Ausschüttung kommunistischer Schparolen verunreinigt. Als Täter kommen jugendliche Angehörige der kommunistischen Partei in Frage, deren Festnahme auf freischer Tat der Polizei gelungen ist.

Staatsanzeiger

Dem Fuzilatorium der Marie Seebach-Stiftung in Weimar wurde die Erlaubnis zum Kosvertrieb in Baden erteilt. Karlsruhe, den 25. Juli 1931.

Der Minister des Innern:

Lebensretzung. Stud. arch. Hans Tintz aus Rehl, zur Zeit wohnhaft in Stuttgart, hat am 30. Mai 1931 ein 17-jähriges Mädchen aus dem Rhein bei Rehl vom Tode des Ertrinkens gerettet. Dem Genannten spreche ich für seine entschlossene und mutige Tat hiermit die öffentliche Anerkennung aus. Freiburg i. Br., den 29. Juli 1931. Badischer Landeskommissär für die Kreise Freiburg, Lörrach und Offenburg J. V. Weigel.

Personeller Teil

Ernennungen, Beförderungen, Zuruücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Justizministeriums

Ernannt: Fabrikant Kurt Hofwog in Herbolzheim zum Handelsrichter bei der Kammer für Handelsachen des Landgerichts Freiburg, Direktor Heinrich Wierle in Offenburg zum Handelsrichter bei der Kammer für Handelsachen des Landgerichts Offenburg. Planmäßig angestellt: Gerichtsvollzieher August Benz beim Amtsgericht Mannheim. Ernann: Kanzleigehilfe Josef Schmitt beim Amtsgericht Gernsbach zum Kanzleikassistenten. Befördert: Justizinspektor Eduard Hoffmann beim Amtsgericht Mannheim zum Amtsgericht Stettheim. Befördert: Justizoberinspektor Anton Wallefer beim Amtsgericht Waldbühl.

Badische Bank

Mannheim — Karlsruhe

R. 121

Hinterlegungsstelle für Mündelvermögen

Ich erinnere Sie

an meinen

Saison-Verkauf

Sie kaufen **Schuhwaren** in den bekannt prächtvollsten Paßformen
Wäsche in den ausgezeichneten besten porösen Arten, eine Wohltat für Sommer und Winter.
Korsett-Ersatz
Leibchen, Büstenhalter, große Auswahl in den best. erprobten Formen
L. 344
— Damen-Artikel —
Mindest-Rabatt auf alle Waren 10 %
Reformhaus NEUBERT Karlsruhe, **straße 29 a**

Kennen Sie bevorzugte Möbel?

Jedes Modell ein Schlager!!
Erstklassige Arbeit — Zeitlose Formen
Außergewöhnlich preiswert!
Möbelhaus OTTO JOST
5 Friedrichsplatz 5

Zugendertüchtigungs-Lotterie.

Auf die für Baden genehmigten Lose genannter Lotterie fielen Gewinne in Höhe von 201 RM, sowie Gewinne zu je 1 RM auf Lose mit nachfolgenden Endnummern: 007, 023, 030, 080, 140, 201, 206, 224, 249, 270, 290, 291, 377, 463, 484, 531, 598, 609, 666, 684, 719, 725, 735, 750, 763, 808, 866, 872, 920, 947. R. 342

Gommer-Operette

im Stadt. Konzerthaus
Sonntag, 2. August 1931

Die lustige Witwe

Operette von Franz Lehár
Dirigent: Bilger
Regie: Reifner

Montag, den 3. August 1931

Hohheit tanzt Walzer

Operette von Leo Ascher
Dirigent: Bilger
Regie: Reifner

Badische Kommunale Landesbank

— Girozentrale —

Oeffentliche Bank- und Pfandbriefanstalt
— Mündelsicher —

Mannheim Karlsruhe Freiburg

Besorgung aller bankmäßigen Geschäfte

Ausgabe von Goldhypotheken-Pfandbriefen und Kommunal-Gold-Anleihen

R. 512

Montag, den 3. August 1931

Die lustige Witwe

Operette von Franz Lehár
Dirigent: Bilger
Regie: Reifner

Montag, den 3. August 1931

Die lustige Witwe

Operette von Franz Lehár
Dirigent: Bilger
Regie: Reifner

Nehmen Sie

bitte bei allen Einkäufen und Bestellungen Bezug auf die Anzeigen in der „Karlsruher Zeitung“

Staats- und Gemeindebehörden

sind unsere Abonnenten. Wollen Sie diese auf Ihre Firma aufmerksam machen, so inserieren Sie in dem offiziellen Organ der Badischen Regierung der

KARLSRUHER ZEITUNG

BADISCHER STAATSANZEIGER

Handels-Hochschule Mannheim

Hochschule für Wirtschaftswissenschaften

Beginn des Winter-Semesters: 15. Oktober
Beginn der Vorlesungen 2. November

Vorlesungsverzeichnis mit allen Mitteilungen für Studierende gegen 60 Rpf., Prüfungsordnung nebst Ausführungsbestimmungen sowie Promotions-Ordnung gegen 1 RM. vom Sekretariat C 2, 1.

Auskünfte und Drucksachen über das Institut zur sprach- und wirtschaftswissenschaftlichen Ausbildung von Dolmetschern durch die Sprachlichen Seminare der Handels-Hochschule, Mannheim, E 7, 20. L. 341

Bezirkspartasse Singen (Hohentwiel)

Oeffentliche Verbandssparkasse

Bilanz auf 31. Dezember 1930

Vermögen	RM	Verbindlichkeiten	RM
1. Kassenbestand	26 416,26	1. Spareinlagen	6 062 235,32
2. Guthaben bei Banken, Girozentralen und Postsparkasseamt	10 205,55	2. Aufwertungspar-einlagen	1 593 492,76
3. Einlage beim Giro-Verband	170 300,—	3. Giro- und Kontokorrent-einlagen	1 456 237,44
4. Wertpapiere	12 325,—	4. Auf Grundstücke	72 000,—
5. Wechsel	167 036,41	5. Anlehens- und andere Schulden	652 930,46
6. Darlehen auf Hypo-then	6 297 369,05	6. Reichsbank-Lombard	100,—
7. Darlehen in lfd. Redu-ktion an Private	1 516 192,53	7. Aufwertungsabred-nungs-konto	97 624,62
8. Darlehen auf Schuldschein	114 390,75	8. Rücklagen (geschl. Reservefonds)	447 544,14
9. Grundstückskaufgelber	141 544,—	9. Reingehört vom Jahr 1930	93 253,16
10. Darlehen an Gemeinden	132 640,50		
11. Lombarddarlehen	7 890,—		
12. Aufwertungsfordernngen:			
a) Hypotheken	1 278 999,90		
b) Wertpapiere	171 590,—		
13. Betriebskosten	2 147,81		
14. Forderungserlöse	381 368,14		
15. Grundstücke u. Gebäude	45 001,—		
16. Gerätschaften	1,—		
	10 475 417,90		10 475 417,90

Berechnung der Rücklage:

Die jahungsmäßige Rücklage hat zu betragen:
8 % aus 7 518 472,76 RM Einlagen = 601 477,82 RM
Sie beträgt auf Schluß des Jahres 1930 (7,19 %) 540 797,30 RM
Somit weniger . . . 60 680,52 RM

Singen (Hohentwiel), den 10. Juli 1931. R. 595

Der Vorsitzende des Verwaltungsrats: Dr. Kaufmann, Bürgermeister. Der Geschäftsführer: Reiche.